LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
16. Wahlperiode

Drucksache 16/211
12. 08. 2011

Antrag

der Fraktion der CDU

Unterstützung der Bürgerbeteiligung zum Bau einer Mittelrheinbrücke durch das Land

Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, die Bürgerbeteiligung zur Mittelrheinbrücke weiter zu unterstützen und die vom Innenministerium zugesagten finanziellen Mittel für die Bürgerbeteiligung bereitzustellen.

Begründung:

Der Kreistag des Rhein-Lahn-Kreises hat in seiner Sitzung am 4. April 2011 die Durchführung einer Bürgerbeteiligung zum Bau einer Mittelrheinquerung bei St. Goarshausen und die Beauftragung zu vorbereitenden Maßnahmen für ein Raumordnungsverfahren mit großer Mehrheit (39 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und eine Stimmenthaltung) beschlossen. Für die Durchführung der Bürgerbeteiligung sollte ein externes Büro für Projektkommunikation beauftragt werden, das ein solches Beteiligungsverfahren als Modellprojekt für Rheinland-Pfalz durchführen sollte. Für das gesamte Modellvorhaben erklärte sich der damalige Minister Karl Peter Bruch mit Schreiben vom 7. Januar 2011 bereit, rund 150 000,– Euro aus Landesmitteln bereitzustellen. Die beteiligten Kreise (Rhein-Lahn-Kreis und Rhein-Hunsrück-Kreis) sollten je 5 000,– Euro als Eigenanteil übernehmen. Jetzt hat die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag beschlossen, dass „die Pläne zum Bau einer Mittelrheinbrücke von der Landesregierung nicht weiter verfolgt werden“ (Seite 64 des Koalitionsvertrages). Der Bau einer Rheinquerung bei St. Goarshausen ist allerdings nach wie vor eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für den Rhein-Lahn-Kreis und die Region. Insbesondere der offenbare Verzicht auf die Bürgerbeteiligung stößt bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei vielen Unternehmen auf größtes Unverständnis.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 12. August 2011